

Landesflüchtlingsräte
aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen,
Berlin, Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg

**Gemeinsame
PRESSEERKLÄRUNG**

Kiel, 14.1.2009, 0.00 Uhr

**Flüchtlingsorganisationen fordern von der Bundesregierung
umgehende Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen**

Nach 18-monatiger Blockade des palästinensischen Gaza-Streifens führt Israel dort seit Jahresbeginn einen unter der Zivilbevölkerung opferreichen Krieg gegen die palästinensische Hamas. Mit der blutigen Gewaltspirale einhergehend ist ein humanitärer Notstand ausgebrochen.

Die Regionalbeauftragte der Caritas beklagt die Lage tausender ausgebombter Menschen: „Es gibt kein Wasser, keine Milch, kein Mehl, keinen Strom, keine Häuser, keine Decken.“ Das IKRK stellt fest, dass Verletzten wegen fehlender Garantien der Militärs kein ungefährdeter Zugang zu den Krankenhäusern mehr zugesichert werden kann. Medico International berichtet, dass auch Ambulanzen oder Gebäude der UN, in denen Flüchtlinge Zuflucht gesucht haben, beschossen werden. Die wenigen Hospitäler und Gesundheitszentren sind nach blockadebedingter 18-monatiger Mangelwirtschaft jetzt mit dem kriegsbedingten Ansturm Verletzter vollständig überlastet. Ohne Medikamente, Betten und Wundmaterial sterben die Menschen auf Klinikfluren und in Treppenhäusern. Hilfstransporte werden nicht durchgelassen oder sogar beschossen.

Doch für 1,6 Millionen Menschen gibt es in der Ruinenwüste des Gaza-Streifens keinerlei „inländische Fluchtalternative“. Sowohl Israel als auch Ägypten riegeln die Grenzen hermetisch ab. Aed Yaghi von der Medical Relief Society: „Wir sitzen hier in einem Käfig und werden von allen Seiten bombardiert.“

Angesichts dieses täglich weiter eskalierenden Szenariums fordern wir die Bundesregierung auf, sich gegenüber den Kontrahenten für einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand, für die Öffnung der Grenzen zum freien Geleit für Flüchtlinge, sowie für Hilfs- und Krankentransporte einzusetzen.

Die Bundesregierung wird ferner zur umgehenden Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen durch die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert.

Kontakt und Information:

Martin Link • Tel. 0431-735 000

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. • Oldenburger Str. 25 • 24143 Kiel • www.frsh.de

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V. • Tel. 0711-5532834
Urbanstraße 44 • 70182 Stuttgart • www.fluechtlingsrat-bw.de

Erstunterzeichner:

- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein
- Flüchtlingsrat Niedersachsen
- Sächsischer Flüchtlingsrat
- Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt
- Flüchtlingsrat Berlin
- Flüchtlingsrat Hamburg
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
- Flüchtlingsrat Brandenburg
- Flüchtlingsrat Bayern